

spotlight europe

2009/05 – Mai 2009

Europakritik wird schick

Isabell Hoffmann

isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de

Franziska Brantner

franziska.brantner@bertelsmann-stiftung.de

Längst werden auch in der Europadebatte die etablierten Parteien vom rechten und linken Rand unter Druck gesetzt. Nicht alle Nachteile der EU-Politik lassen sich von den Arrivierten wegdiskutieren. Statt das Terrain den Populisten zu überlassen, sollten die Anhänger der europäischen Integration die Widersprüche europapolitischer Maßnahmen anerkennen und offen ausfechten.

spotlight europe # 2009/05

Die Europäische Union wurde im Konsens gebaut, sagen die einen. Sie braucht aber die Kontroverse, sonst verliert sie an Legitimität, warnen die anderen. Im Juni 2008 führen mit Jürgen Habermas und Günther Verheugen zwei Protagonisten der Positionen einen Schlagabtausch auf den Politikseiten der Süddeutschen Zeitung. „Politisiert die Debatte“ forderte der erste. „Bezieht die Bürger mit ein.“ „Das geht nicht“ kontert der andere. „Europa ist Konsens, nicht Kontroverse. Es ist langsam, kompliziert, oft qualvoll, aber effizient. So müssen wir weitermachen. Alle miteinander.“

Und in der Tat haben die europäischen Regierungen und die Brüsseler Administration nach dem Referendum in Irland versucht das zu tun, was sie am besten können: abwarten, bis sich die Lage beruh-

igt, diskrete Gespräche führen, eine erneute Abstimmung vorbereiten. Parallel allerdings wird die europapolitische Debatte längst auf den Habermaschen Marktplatz getragen. Nicht von den Regierungen und etablierten politischen Kräften, sondern von systemisch wenig verankerten Spielern, die bei den Wählern genug Irritation vermuten, um sich mit Unionskritik zu profilieren und Einfluss generieren zu können. Begünstigt werden sie dabei von den Regierungen und Parteien der Mitte, die die Widersprüche europäischer Politiken öffentlich nicht anerkennen, mit Fundamentalverteidigung auf Fundamentalkritik reagieren, und es versäumen, die europapolitische Debatte auf ein konstruktives, differenziertes Niveau zu heben.

In der Folge bleibt die europapolitische Debatte flach und der Wähler misstrauisch.

Damit gewinnt die außer- und innersystemische Kritik an der Europäischen Union an Geschwindigkeit und für die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni an Gewicht. Werden sie der erste Test für die Annahme sein, dass der Unmut über diese Union groß genug ist, dass sich EU-ablehnende Positionen auszahlen?

Wer was kritisiert

Das Feld der Europakritiker ist so zersplittert wie unübersichtlich. Seit den Nein-Referenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland ist es zudem in Bewegung geraten: Es entstehen neue europakritische Gruppierungen. Nationalistische Parteien reorganisieren sich. Und klassische Protestbewegungen formulieren ihre Argumente mit neuer Verve. Zeitgleich schwappen Thema und Tenor von den Rändern auf einige Parteien der Mitte, die offensichtlich glauben, Position beziehen zu müssen, um nicht Wähler an die neuen Kontrahenten zu verlieren.

„Europakritik schwappt in die Mitte über.“

Libertas, der Neuankömmling im Feld der rechten Europakritiker, hat europaweit im rechts-konservativen Lager einiges an Koalitionsbrüchen und neuen Zusammenschlüssen provoziert (beispielsweise in Frankreich, Tschechien und Portugal). Die paneuropäische Partei ist ein Produkt der irischen Anti-Lissabon-Kampagne. Mit dem Unternehmer Declan Ganley haben sie eine ehrgeizige und mittlerweile recht bekannte Führungsfigur an ihrer Spitze, die die Debatte um den Reformvertrag von Lissabon als politisches Erweckungserlebnis beschreibt und dies mit allen Europäern teilen möchte. Allerdings macht sich Libertas bisher eher mit seiner Geschichte als seinen Positionen interessant, und

Ganley fällt es doch schwerer, geeignete Mitstreiter in den Mitgliedstaaten zu finden als angenommen. Nachdem ein erstes Treffen mit dem europakritischen tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus viele Schlagzeilen produziert hat, tauchten auf den Libertas Listen Unbekannte oder alt bekannte radikale Nationalisten wie der Franzose Philippe de Villiers auf. Dabei unterscheidet sich Ganley von den meisten Rechts-Nationalen bislang nicht nur in seinem geschliffenen Auftreten sondern auch in seinem Marktradikalismus, den er mit dem selbsternannten „EU-Dissidenten“ Klaus teilt. Beiden setzt der Vertrag von Lissabon zu weitreichende wirtschaftliche und soziale Normen. Vaclav Klaus formulierte es im Februar 2009 in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament folgendermaßen: „Es muss offen gesagt werden, dass das heutige wirtschaftliche System der EU ein System des unerdrückten Marktes und der kontinuierlichen Stärkung der zentralen Lenkung der Wirtschaft ist. (...) Die Lösung besteht einzig und allein in Liberalisierung und Deregulierung der europäischen Wirtschaft.“

Da Libertas auch drei Wochen vor der Europawahl immer noch eine Partei ohne Programm ist, können verlässliche Aussagen über Positionen nur bedingt gemacht werden. In Sachen Kommunikation und Marketing allerdings ist Libertas innovativ. Ein regelrechter PR-Coup ist Libertas mit der Einbindung der polnischen Gewerkschaftslegende Lech Walesa gelungen. Walesa sprach beim Wahlkampfauftritt in Rom den Delegierten Mut zu. [„Sie könnten Europa zum Besseren verändern.“](#) Brisant ist Walesas Auftritt nicht nur durch seine Popularität. Er ist Mitglied des von den Staats- und Regierungschefs einberufenen „Rat der Weisen“, der im nächsten Jahr seine Visionen zur Zukunft der Europäischen Union vorstellen soll.

Libertas nutzt nicht nur prominente Namen, sondern auch neue Medien professionell. Die wenigen Botschaften werden im [Internet](#) prägnant und eingängig präsentiert. Der Besucher wird nach der Obama-

Methode aufgefordert, sich zu engagieren oder zumindest auf die Email-Verteiler zu setzen. Ganley selbst hat sich in der Öffentlichkeit noch keinen Ausrutscher erlaubt. Grobes wie „Wir werden den Barroso jagen!“ überlässt er Mitstreitern und pflegt das Image des erfolgreichen Geschäftsmanns, der nun in der Politik aufräumen will. Damit holt er rechte Europakritik aus der nationalistischen Schmutzdecke, macht sie gesellschaftsfähiger und baut eine Druckkulisserie für konservative Parteien auf.

Am linken Rand des politischen Spektrums positionieren sich mit europakritischem Duktus das paneuropäisch agierende Protestnetzwerk Attac und linke Parteien wie Die Linke in Deutschland oder die Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA) in Frankreich. Die **Systemkritiker** von Attac haben schon Ende der 1990er Jahre bewiesen, dass sie Themen besetzen und politisch aufladen können. In den vergangenen Monaten haben sie verstärkt die Europäische Union ins Visier genommen. Trotz einer dezidiert system-distanzierten Haltung – Bestrebungen zu einem „Marsch durch die Institutionen“ wurden abgelehnt – gibt es sichtbare Verbindungen zu Parteien, in Deutschland zu Bündnis 90/Die Grünen, vor allem aber zur Linkspartei, die sich gerade für die Europawahl 2009 einen verschärft europakritischen Ton angeeignet hat. Auch wenn Parteichef Lothar Bisky bei jeder Gelegenheit die grundsätzlich europafreundliche Haltung seiner Partei betont, hat es gerade um die Bewertung des Lissabonner Vertrages heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen gegeben, wobei sich jene durchsetzten, die den Vertrag vollständig ablehnen.

Linke Europakritik beschreibt die EU als reines Elitenprojekt, vor allem Wirtschaftselitenprojekt. Wirtschafts- und Kapitalinteressen, bemängeln die Kritiker, würden konsequent der Vorzug gegeben, und führen dies auf eine ideologisch neoliberale Ausrichtung europäischer Verträge, Politik und auch Rechtsprechung zurück. In dem Leitantrag zum Europaparteitag der **Linken** in Essen heißt es: „Die Enteignung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der sozial Benachteiligten hat immer mehr Kapital auf die internationalen Finanzmärkte gespült. Die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte war auch ein Projekt europäischer Regierungen.“ Außerhalb der EU würden



© Bertelsmann Stiftung

Entwicklungs- und Friedenspolitik vernachlässigt. Sowohl die Osterweiterung als auch die Verhandlungen zu regionalen Handelsabkommen werden immer wieder als Beispiele fehlgeleiteter Politik zitiert. „Die EU-Kommission propagiert noch stets den freien Handel als Basis für „wettbewerbsfähige Ökonomien“ und „den Katalysator für Entwicklung“ und macht sich damit zum „Erfüllungsgehilfen der europäischen Konzerne.“

Zudem sei die Politik der EU zunehmend auf die imperiale Durchsetzung von Kapitalinteressen ausgerichtet. „Die gegenwärtige gemeinsame EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik orientiert auf militärische Angriffsfähigkeit der Europäischen Union und Aufrüstung.“ Die Missstände sind für diese Kritiker systemimmanent,

deshalb lehnen sie alle Reformverträge (Verfassung, Lissabon) ab.

Die Parteien der Mitte werden von links und von rechts in europapolitischen Fragen unter Druck gesetzt. Mit Declan Ganley hat das rechts-konservative Lager eine öffentlichkeitswirksame, massenkompatible Leitfigur gefunden. Mit der Linkspartei hat sich in Deutschland zum ersten Mal ein Spieler etabliert, der sich offensiv europakritisch geriert. Die CSU hat auf diese Entwicklung schon mit der Verschärfung ihrer europapolitischen Standpunkte reagiert. Im [Europa-Wahlprogramm der CSU](#) liest man unter anderem: „Wir fordern, dass weniger Entscheidungen zentralistisch in Brüssel getroffen werden.“ (...) „Wir vertrauen darauf, dass das Bundesverfassungsgericht streng überprüft, ob sich die EU an die geltende Verteilung der Zuständigkeiten gehalten hat.“ (...) „Wir wollen über Grund und Boden selbst entscheiden.“ (...) Zudem wird versprochen, mit Referenden zu europäischen Themen mehr Demokratie und Bürgernähe zu schaffen.

Auch Bündnis 90/Die Grünen äußern in letzter Zeit lauter ihre Kritik an der EU und haben Sven Giegold, Mitbegründer von Attac Deutschland, auf ihre Wahlliste für das Europäische Parlament gesetzt. In Österreich haben die beiden großen Volksparteien SPÖ und ÖVP ihre proeuropäischen Positionen verlassen und im vergangenen Jahr dadurch einen Bruch der Regierungskoalition provoziert. Die FPÖ und das BZÖ fahren ihren nationalpopulistischen exkludierenden protektionistischen Kurs mit Erfolg fort - ebenso wie der Vlaams Belang in Belgien, Fidesz in Ungarn oder die Lega Nord in Italien. In Frankreich ringen die Sozialisten nicht nur parteiintern heftigst. Sie werden auch von links durch die NPC und ihrem charismatischen Parteichef Olivier Besancenot angetrieben.

In Großbritannien glaubt kaum noch jemand, dass New Labour die kommenden Wahlen gewinnen kann. Dem konservati-

ven David Cameron werden beste Chancen eingeräumt. Die Vertreter seiner Partei im Europäischen Parlament sind allerdings gerade dabei, aus der EVP-Fraktion, dem Verbund konservativer und christdemokratischer Parteien Europas, auszutreten. Sie stoßen sich an der proeuropäischen Haltung vieler ihrer Mitstreiter dort, unter anderem die der CDU.

Die Kritiker scheinen im Aufwind. Doch die klassisch proeuropäischen Parteien der Mitte bereiten ihnen noch den Boden, indem sie die an sie herangetragene Diskussion weitestgehend ignorieren und es versäumen, die Debatte auf ein konstruktives Niveau zu heben.

II

Wer was tabuisiert

„Gerade Deutschland profitiert vom Binnenmarkt!“ „Was wären wir ohne den Euro in der Krise?“ „Handy-Tarife!“, „Billigflieger!“ gehören zu den klassischen Repliken, kaum dass ein kritisches Wort formuliert wird. Auf Fundamentalkritik wird mit Fundamentalverteidigung geantwortet. Ein [Online-Spot](#) des Netzwerkes Europäische Bewegung zeigt sehr anschaulich, welches Feuerwerk an europäischen Wohltaten gegen jegliche Kritik eingesetzt werden kann. Im Film kann der Kritiker am Ende seine Frage „Was hat denn Europa jemals für uns getan?“ unter dem Ansturm positiver Antworten nur noch resigniert zurückziehen.

Auf ähnliche Effekte muss Hans-Gert Pötering, Präsident des Europäischen Parlaments, gehofft haben, als er Anfang dieses Jahres zum Thema „Die Wahlen zum Europäischen Parlament kommunizieren“ sprach. Nicht jedes Thema, das im Europäischen Parlament behandelt und beschlossen würde, sei der Öffentlichkeit in seiner Bedeutung einfach zu vermitteln. Aber es gäbe auch zahlreiche Erfolge und Beschlüsse, die einen konkreten, leicht verständlichen und vermittelbaren Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger hätten.

„Es ist unsere Aufgabe“, so Pöttering wörtlich. „diese Themen zu suchen, uns in der Kommunikation auf sie zu konzentrieren und so die Bürgerinnen und Bürger über den Mehrwert unserer Arbeit zu informieren.“ Die Politiker in Regierungsverantwortung, so scheint es, haben sich auf einen kommunikativen Grabenkampf eingeschworen während dessen der europäische Bürger – schaut man auf die jüngsten Eurobarometer-Umfragen – sich immer weiter von der Szene entfernt. Er freut sich über sinkende Kosten beim mobilen Telefonieren, Reisefreiheit und Verbraucherschutz, scheint aber nicht überzeugt, dass deshalb die europäische Welt in Ordnung ist. Denn die Nachteile europäischer Politik bekommt er ebenso wie die Vorteile direkt zu spüren. Allein ausgesprochen werden diese Nachteile nur in Fachkreisen oder von Populisten.

Im Folgenden sollen zwei Beispiele exemplarisch aufzeigen, wie sich EU-Politik auf wichtige Teile der Gesellschaft auswirkt und deren Haltung zum Projekt der europäischen Integration beeinflussen kann. Die Auswirkungen gewisser Binnenmarktfreiheiten auf die lokale Ebene schaffen ein Spannungsverhältnis zwischen politischen Grundrechten und lokaler Gestaltungsmacht einerseits und den Grundfreiheiten des Binnenmarktes andererseits.

Das Beispiel der Vereinslandschaft im Kreis Tübingen kann dies verdeutlichen. Die Vereine der Stadt und des dazugehörigen Kreises finanzierten sich über das Sammeln und Verkaufen des Altpapiers. Solange damit nur wenig Geld zu verdienen war, gab es keinen Interessenskonflikt mit privaten Entsorgern. Als aber letztes Jahr die Rohstoffpreise stiegen, gingen die Privaten in den Markt und stellten blaue Tonnen auf die Straßen. Das Verwaltungsgericht urteilte auf Grund § Artikel 13 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, die Gewerbefreiheit habe auch beim Wertstoff Altpapier Vorrang. Die blauen Tonnen dürfen bleiben. Die Einnahmequellen der gemeinnützigen Vereine versiegen. Eine Änderung des Artikel 13 – der das

Verhältnis von Daseinsvorsorge und Gewerbefreiheit im Abfallsektor regelt – wie auch andere politische Optionen beispielsweise lokale Ausnahmen für die Abfallwirtschaft, wurden diskutiert aber verworfen. Die Abfallwirtschaft, so die Argumentation des zuständigen Ministeriums in Berlin, unterläge eindeutig dem Binnenmarkt.

Berlin zeigt also nach Brüssel und lässt die Vereine über die Kommune wissen: „Wir können nichts für Euch tun. Binnenmarktfreiheiten.“ Die Begründung ist juristisch und makroökonomisch korrekt, die politische Verantwortlichkeit ist nicht eindeutig zuzuweisen. Es stimmt: Diese Entscheidungen wurden in Brüssel getroffen, unterschlagen wird aber: Berlin entscheidet in Brüssel mit. Redlicher wäre gewesen, zu antworten: „Wir finden die aktuelle EU-Gesetzeslage richtig und dies aus folgenden Gründen“ oder „Wir kritisieren die aktuelle Gesetzeslage, setzen uns für eine Änderung ein.“

„Auf Fundamentalkritik wird mit Fundamentalverteidigung reagiert.“

Hier sind die Auswirkungen europäischer Politik auf die Bürger direkt und massiv. Gleichzeitig aber sind Vereine in Städten und Gemeinden ein mächtiger Resonanzraum für ihre Interpretation der Sachlage: „Soziales Engagement verliert gegen marktwirtschaftliche Prinzipien. Schuld ist die EU.“ Schwierig abzuschätzen, ob vergünstigte Telefongespräche diesen Eindruck aufwiegen können.

Dabei kann es selbstverständlich nicht darum gehen, den Binnenmarkt in Frage zu stellen. Der europäische Binnenmarkt ist ein wichtiger Pfeiler der Union. Ohne die Durchsetzung der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes und ein striktes Wettbewerbsrecht wäre eine gemeinsame Währung nur schwer denkbar. Während ein Expertenkreis schon seit Jahren über die Rolle der Grundfreiheiten des Binnenmarktes im Bereich der öffentlichen Da-

seinsvorsorge und der lokalen Selbstverantwortung diskutiert und verhandelt (z.B. zum Grün- und Weißbuch der Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse oder zur Protokollnotiz des Lissabonvertrags dazu), blendet der offizielle Europa-Diskurs diese Widersprüche aus.

Ein ähnlich gelagerter Fall betrifft die Auswirkungen von EU-Gesetzgebung auf die Tarifautonomie. EuGH-Urteile wie zum Beispiel Viking, Laval und Rüffert werden herangezogen, um zu warnen, dass die EU

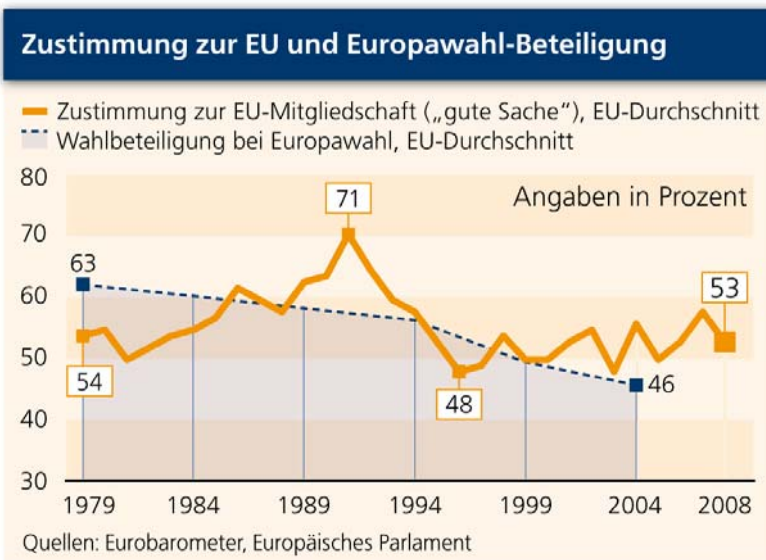
setzbar und zweitens werde mit dem Vertrag von Lissabon - hier: Grundrechte Charta - doch alles besser. Dazu die [Replik](#): „Zu alledem von Ihrer Seite, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, kein Wort. Stattdessen der Hinweis auf die Aufnahme der Grundrechtecharta in den Grundlagenvertrag...“

Dass Gewerkschaften und Vereine mächtige politische Resonanzräume sind, ist auf nationalstaatlicher Ebene eine Binsenweisheit. Umso bemerkenswerter, dass sie

ignoriert wird, wenn es um die Europäische Union geht. „Viking“, „Laval“ und „Rüffert“ sind Schlachtrufe der Gewerkschaften und linker Europakritik geworden. Sie zu überhören hilft nicht, mehr europapolitisches Verständnis zu generieren.

Der nach Brüssel verschobenen Verantwortung fehlt nicht nur der Adressat, weil im Europäischen Rat Diskussionen und Abstimmungen nicht öffentlich sind, sondern auch weil Einstimmigkeit und

das Prinzip der Kollegialität in der Kommission zu den Grundsteinen europäischer Politik gemacht wurden. Auf europäischer Ebene werden Verhaltens- und Verhandlungsregeln nach diplomatischem Comment gepflegt, die mit einem auch öffentlichen Erstreiten des erwünschten Weges nach demokratischen Spielregeln wenig zu tun haben. Die Qualität des demokratischen Prozesses misst sich eben nicht nur an Legitimität, sondern auch an Transparenz und erkennbarer Verantwortlichkeit. Nur langsam setzt sich für die Kommission eine differenzierte Wahrnehmung ihrer Mitglieder durch. Ein öffentlich ausgetragener Konflikt wie der zwischen Frankreichs Staatspräsident Sarkozy und Handelskommissar Mandelson im vergangenen Jahr ist noch selten. Ursprünglich sollte diese Handhabung die Kommissare



essentielle Rechte wie das Streikrecht oder die Tarifautonomie unterminierte. Im Falle Rüffert urteilte der EuGH, dass nur allgemein verbindliche - d.h. zwei Prozent aller - Tarifverträge für ausländische Anbieter bindend seien. Der EuGH hat mit seiner Rechtsetzung folglich Konsequenzen für die Grundpfeiler des deutschen Tarifsystems. Der Ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, argumentierte daher in einem öffentlichen Brief an Bundeskanzlerin Merkel, dass sich der EuGH „Kompetenzen anmaßt, die ihm nicht zustehen und die der Europäischen Union und ihren Institutionen nach Art. 23 Grundgesetz auch nicht übertragen sind.“ Die - leider nicht öffentliche - Antwort der Bundeskanzlerin greift den zugänglichen Zitaten nach auf zwei im europäischen Rahmen klassische Argumentationsschemata zurück: Erstens sei ein derartiges Anliegen nicht durch-

schützen und ihre Unabhängigkeit gegenüber den Herkunftsländern sichern, heute erleichtert sie aber auch Pauschalkritik an der Kommission.

Europäische Politik, diese Beteuerung fehlt in keinem offiziellen Diskurs, ist fester Bestandteil im Alltag der Europäer. Dass diese aber nicht nur die Vorteile sondern auch die Nachteile dieser Politik spüren, bleibt meist unerwähnt. Dieses Sinnvakuum besetzen Populisten und Europakritiker und füllen es mit ihren Ansichten.

III

Der künftige Europadiskurs

„Das Volk“, schreibt Kurt Tucholsky, „versteht das meiste falsch, aber es fühlt das meiste richtig.“ Wenn er recht hat, stürzt Europa die Bürger in ein Gefühlschaos. Wem sollen sie glauben? Denjenigen, die ihnen sagen: „Alles wird gut“? Oder denjenigen, die ihnen sagen: „Nichts wird gut“? Vor allem wenn die erlebte Antwort irgendwo dazwischen liegt. Die Abwesenheit eines differenzierten Diskurses über europapolitische Realitäten bereitet Populisten und Radikalkritikern das Feld und erinnert in seiner Struktur an die Asyl- und Migrationsdebatten der 1990er Jahre. Damals entsprach die Staatsdoktrin („Deutschland ist kein Einwanderungsland. Wir haben kein Ausländerproblem.“) nicht mehr den Realitäten, und war ein dankbares Thema für alle, die politischen Profit daraus schlagen wollten. Das änderte sich erst, als die Volksparteien sich auf „Deutschland ist - wie alle europäischen Staaten - ein Einwanderungsland. Und es gibt - wie in allen europäischen Staaten - ein Integrationsproblem.“ geeinigt hatten.

Um dem Europadiskurs seine Glaubwürdigkeit zurückzugeben und Populisten den Boden zu entziehen, braucht es eine ähnliche Sinnverschiebung. Dazu gehört zunächst, die Widersprüche europapoliti-

scher Maßnahmen anzuerkennen und politisch auszufeuchten. Das hieße nicht nur, die Mündigkeit der Bürger zu respektieren und Verantwortung für die eigenen politischen Entscheidungen zu übernehmen, indem man sich mit den gesellschaftlichen Folgen auseinandersetzt, sondern auch das Bewusstsein um diese Widersprüche, mit in den europapolitischen Prozess zu nehmen.

„Subsidiarität als Verpflichtung mitzudenken.“

Subsidiarität ist ein wichtiges Prinzip. Die ewige Debatte darum verleitet aber wohl zu glauben, die Ebenen würden abgeschottet voneinander funktionieren und die Wirksamkeit von Maßnahmen würde sich an Zuständigkeitsgrenzen politischer Entscheidungsträger halten. Subsidiarität kann sich nicht in einer Debatte über Zuständigkeiten erschöpfen, Subsidiarität ist auch die Verpflichtung, dass jede Zuständigkeitsebene die Auswirkungen ihrer Politik auf andere Ebenen mitdenkt und beachtet. Zivilgesellschaft und die Bürger im Einzelnen täten wiederum gut daran, diese Verantwortlichkeit von ihren Regierungen einzufordern. „Wie wollt ihr es mit Europa halten?“ ist eine sinnvolle Frage. Auch zu Bundestags- und Landtagswahlen.

Zurzeit allerdings scheinen die Europakritiker im Aufwind. Bei den Europawahlen diesen Juni wird sich zeigen, ob sie nicht nur Schlagzeilen, sondern auch Wähler mobilisieren können. Das Kalkül bei allgemein relativ niedriger Wahlbeteiligung und gleichzeitiger starker Mobilisierung des eigenen Lagers bereichert um Protestwähler, ein gutes Ergebnis zu erzielen, würde bei Europawahlen nicht zum ersten Mal aufgehen. Der Front National hat es bei vergangenen Wahlen vorgemacht. Ebenso die Liga Polnischer Familien, die 2004 nach dem gleichen Rezept das zweitbeste Ergebnis in Polen erreicht hat.

Weiterführende Literatur:

Paul Magnette/Olivier Costa: Une Europe des élites? Réflexions sur la fracture démocratique de l'Union européenne. Editions de l'Université de Bruxelles, 2007

Nicole Doerr: Listen carefully. Democracy brokers at the European Social Forums. European University Institut, 2009

Dieter Fuchs, Raul Magni-Berton, Antoine Roger: Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites. Barbara Budrich Publishers, 2009

Sylvie Goulard: Le coque et la perle. Les cinquante ans de l'Europe. Edition Seuil, 2007

Thomas Risse et all: Transnational identities. Becoming european in the European Union. Rowman & Littlefield, 2004

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2009/04
Europas neue Story
Joachim Fritz-Vannahme

spotlight europe # 2009/03
Roma Integration in Europe – Mission
(Im)possible?
Hermina Emiryan

spotlight europe # 2009/02
Waffenstillstand in Gaza: Aber was kommt
danach?
Christian-Peter Hanelt